

## **Antrag**

**der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

### **Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 in seinen beiden Teilen**

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag bestätigt seine Entschliebung vom 26. Mai 1981, „die Bundesregierung bei der konsequenten und zeitgerechten Verwirklichung des Beschlusses der NATO vom 12. Dezember 1979 in seinen beiden Teilen“ zu unterstützen.
- II. Der Deutsche Bundestag weiß sich einig mit allen Bürgern unseres Landes in dem Wunsch nach Erhaltung und Stärkung des Friedens in Freiheit sowie nach einer deutlichen Verminderung der Rüstungen ohne Gefährdung unserer Sicherheit. Diesem Ziel dienen die Mitgliedschaft und Mitarbeit der Bundesrepublik Deutschland im Verteidigungsbündnis der NATO.

Dieses Bündnis hat seit über drei Jahrzehnten erfolgreich zur Bewahrung des Friedens in Freiheit beigetragen und wird dies auch weiterhin tun. Das Bündnis bedroht niemanden. In seiner Bonner Erklärung vom 10. Juni 1982 heißt es: „Keine unserer Waffen wird jemals eingesetzt werden, es sei denn als Antwort auf einen Angriff.“ Das Bündnis sichert den Frieden durch eine Politik des militärischen Gleichgewichts auf einem möglichst niedrigen Niveau. Es bemüht sich um einen Abbau der Ost-West-Spannungen durch eine Politik der Verständigung mit dem Osten.

Der Deutsche Bundestag unterstreicht, daß Verständigung und Ausgleich mit der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Paktes nur auf der Grundlage politischer Gleichberechtigung und der Anerkennung gleicher Sicherheit für alle Staaten erfolgen können. Durch ihre SS 20-Stationierung hat die Sowjetunion die Sicherheitslage verändert und bedroht dadurch die politische Entscheidungsfreiheit der Staaten Westeuropas. Der NATO-Doppelbeschuß soll diese Bedrohung abwenden.

Der Deutsche Bundestag bedauert, daß die Genfer Verhandlungen über Mittelstreckensysteme (INF) trotz größter Anstrengungen der USA und ihrer Verbündeten bisher zu kei-

nem Verhandlungsergebnis geführt haben. Zur Gewährleistung der militärischen Sicherheit und politischen Entscheidungsfreiheit Westeuropas brauchen wir daher – im Einklang mit dem NATO-Doppelbeschluß – ein Gegengewicht gegen die uns bedrohenden sowjetischen SS 20-Raketen.

Der Deutsche Bundestag unterstützt deshalb die Entscheidung der Bundesregierung, entsprechend ihrer Verpflichtung aus dem zweiten Teil des NATO-Doppelbeschlusses fristgerecht den Beginn des Stationierungsprozesses einzuleiten.

Der Deutsche Bundestag erinnert daran, daß das Bündnis trotz einer massiv betriebenen sowjetischen Vorrüstung mit modernen Mittelstreckenraketen vier Jahre lang auf die Nachrüstung verzichtet und sich ernsthaft um Verhandlungen und ein für beide Seiten annehmbares Ergebnis bemüht hat.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die erklärte Bereitschaft der USA, die INF-Verhandlungen unabhängig vom Beginn der Stationierung fortzuführen. Das Ziel bleibt die drastische Verringerung, wenn möglich die völlige Verschrottung landgestützter nuklearer Mittelstreckenflugkörper größerer Reichweite in Europa. Das ist nur durch Verhandlungen erreichbar. Diese Verhandlungen bleiben in jedem Fall sinnvoll. Der Stationierungsprozeß wird sich über mehrere Jahre erstrecken. Im Wege von Verhandlungen kann eine Begrenzung der Mittelstreckenraketen sowie ein Abbau schon stationierter Raketen auch künftig erreicht werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Sowjetunion auf, sich – auch in ihrem eigenen Interesse – einer Fortführung der INF-Verhandlungen nicht einseitig zu entziehen. Er appelliert an die Sowjetunion, ihren Anspruch auf ein Monopol an landgestützten nuklearen Mittelstreckenraketen aufzugeben und damit den Weg zu einer fairen Verhandlungslösung freizumachen.

Der Deutsche Bundestag setzt sich dafür ein, den Ost-West-Dialog in allen Bereichen und auf allen Ebenen fortzusetzen und zu vertiefen, um durch Vertrauensbildung und Zusammenarbeit ein Klima zu schaffen, in dem Spannungen abgebaut und gleichgewichtige, überprüfbare Abrüstungsergebnisse erzielt werden können.

Bonn, den 18. November 1983

**Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion  
Mischnick und Fraktion**